

---

## 2 Kritische Europaforschung: Eine Übersicht

---

**D**ie Geschichte der europäischen Integration wird von einer breiten wissenschaftlichen Bearbeitung begleitet. Jedoch waren und sind kritische Ansätze stark marginalisiert. Dies liegt einerseits an der Europaforschung, die bis heute kritische, marxistische Ansätze häufig ignoriert (vgl. Beckmann 2012, Bohle 2012). Diese Ignoranz mag auch daran liegen, dass marxistische Theorie keinen rein theoretischen Anspruch hatte und hat, sondern einen der revolutionären Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse und sich dadurch von den gängigen sozialwissenschaftlichen Integrationstheorien deutlich unterscheidet. «Ihre Fragestellungen und Forschungsmethoden sind daher stets auf die realen Klassenauseinandersetzungen bezogen, in denen das Widerspruchspotential der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft und der objektiven wie subjektiven Bedingungen ihrer Aufhebung praktisch werden» (Deppe 1976: 52).

Aber andererseits dauerte es auch bis in die 1980er Jahre, bis sich innerhalb kritischer marxistischer Forschung die europäische Integration zu einem größeren Thema entwickelte. Vorher wurde der Integrationsprozess bis auf wenige Ausnahmen nur am Rande thematisiert und andere Themen standen im Vordergrund<sup>1</sup>. Schließlich hat sich auch der Charakter der europäischen Integration im Laufe der Zeit drastisch verändert und so haben die Verhältnisse selbst zu größeren Dringlichkeiten kritischer Analyse geführt. Gleichzeitig kam allerdings auch mit den Krisenprozessen der Integration in den 1970er Jahren die dominante neofunktionalistische Integrationstheorie mit ihrem Theorem von spill-over-Prozessen «von der Marktintegration zur wirtschaftspolitischen und schließlich zur politischen Integration [...] in Erklärungsnot» (Deppe 2000: 334). Doch auch die kritische Analyse der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) musste erst ihren orthodox-marxistischen Bias überwinden, der in einer eindimensionalen Übertragung

---

1 Westlicher Marxismus

der Leninschen Imperialismustheorie auf die westeuropäische Integration bestand und dabei selbst eine Art spill-over-Effekt von der ökonomischen Basis auf den politischen Überbau entwickelte (vgl. Statz 1979: 69; Huke/Kannankulam 2012). Damit bewegte und bewegt sich kritische Europaforschung bis heute in einem doppelten Spannungsfeld. Erstens in einem durch den im Gegenstand impliziten Spannungsfeld von Ökonomie und Politik, d.h. von ökonomischen und politischen Krisenerscheinungen, wobei letztere nicht einfach logische Konsequenz aus ersteren waren und sind. So war von Beginn an die Frage nach der Staatlichkeit der europäischen Apparate in der marxistischen Debatte bedeutend (vgl. Ziltener 1999: 38). Damit steht kritische Europaforschung zweitens in einem Spannungsfeld zur eigenen orthodoxen Tradition, und mehr noch als die Kritik an Mainstream-Ansätzen – die sicherlich auch bedeutsam ist, insbesondere für die Kritik einer europäischen Fortschrittsideologie – ist diese kritische Bearbeitung der eigenen Entwicklungslinien und die dadurch erfolgte Erweiterung historisch-materialistischer Perspektiven ein über die Theoriebildung zur EU hinausweisendes Moment. Im Folgenden werden daher kurz wichtige Phasen der Theoriebildung skizziert und die wichtigsten theoretischen Entwicklungen benannt. Beginnend bei der marxistischen Auseinandersetzung in den 1960er Jahren, hauptsächlich angestoßen von Ernest Mandel, über deren Kritik, die Entwicklung neogramscianischer Analysen, hin zu gegenwärtigen staatstheoretischen Ansätzen der Entwicklung eines Europäischen Staatsapparate-Ensembles.

## **2.1 Die Anfänge: Mandel, Poulantzas und die Arbeiter\*innenbewegung**

Die frühen marxistischen Analysen der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften – von der Gründung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) 1948 über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS/Montanunion) und die Römischen Verträge von 1957 bis zur voranschreitenden Integration des gemeinsamen Marktes – verorteten diese Entwicklungen in «dem weltpolitischen Kräfteverhältnis zwischen West und Ost nach 1945 einerseits und der Konkurrenz zwischen den USA und Westeuropa andererseits»

(Busch 1978: 11). Wichtiger Auslöser der marxistischen Auseinandersetzungen um die europäischen Integrationsbemühungen und ihr Verhältnis zu den USA war ein Buch des französischen Publizisten Jean-Jacques Servan-Schreiber, der für eine stärkere europäische (Kapital-)Integration plädierte, um einer «Invasion Europas» durch amerikanische/multinationale Unternehmen vorzubeugen. Der «Rückstand» Europas gegenüber den USA sei «nicht aufzuholen [...], wenn wir unsere augenblicklichen Sozialstrukturen beibehalten» (Servan-Schreiber 1968: 107).

Mit diesen Aussagen vertrat Servan-Schreiber keine Randposition, vielmehr fasste er «die gängigsten Argumente» und die «vorhandenen Ängste» (Bähr 1995: 116) in Europa zusammen. Seine Thesen forderten den Marxisten Ernest Mandel zu einer Antwort heraus, der argumentierte, dass in Europa die internationale Kapitalverflechtung «tatsächlich bereits eingesetzt» (1968: 34) und dass die Stellung der USA in der Weltmarktkonkurrenz sich deutlich gewandelt habe. Mandel sah die USA aus zwei Gründen vor dem Verlust ihrer globalen Hegemonialposition: erstens aus der Frontstellung gegen den Ostblock und zweitens aus der im Zuge des Kalten Krieges stattfindenden «Schwächung der alten Kolonialreiche» (ebd.: 8), die nicht zuletzt von Aufständen und Revolutionen der Kolonisierten herrührte. Daraus folgte, dass die «amerikanische Strategie gegenüber den [...] Gegenkräften des Ostblocks und der Kolonialrevolution zwangsläufig eine Restauration und neuerlich anwachsende Wirtschafts- und Militärmacht Westeuropas und Japans» beinhaltete (ebd.: 9). Damit brauchten die USA einen starken westeuropäischen Block, womit sie zugleich ihre eigene ökonomische Weltmarktstellung gefährdeten<sup>2</sup>. Mandel argumentiert aus einer Theorie der objektiven Gesetze unglei-

---

2 Auch Deppe (1976: 28) macht auf diesen Widerspruch in der US-Politik aufmerksam: «Dazu kam, dass das US-Kapital in besonderem Maße an einer schnellen Restauration in Westeuropa interessiert war, um hier einen Markt für den Absatz von technologisch hochentwickelten Produkten sowie für Kapitalexporte zu erschließen. Obwohl auch schon während der fünfziger Jahre in den USA vereinzelt vor der Gefahr eines vereinigten und gestärkten westeuropäischen Wirtschaftsblocks gewarnt wurde, setzte sich doch insgesamt in der US-Politik – vor allem unter dem Einfluß der politisch-militärischen Globalstrategie – die Unterstützung des Integrationsprozesses durch.» Hier zeigt sich schon, dass man in der Bewertung von Entwicklungsprozesses des Kapitals auf dem Weltmarkt die politische Sphäre nicht außen vor lassen, beziehungswei-

cher Entwicklung auf dem Weltmarkt und verwirft vor diesem Hintergrund die Annahme, dass eine Situation entstanden sei, in der das «nationale Besitzbürgertum die Staatsmacht nicht mehr zum Schutz seiner eigenen Interessen gegenüber einer fremden Kapitalmacht benutzen kann» (ebd.: 16), denn «keine einzige industrialisierte westeuropäische Nation ist dabei, durch US-Kapital aufgekauft zu werden» (ebd.: 18). Stattdessen geht Mandel davon aus, dass es sich um eine neue «Erscheinung der internationalen Verflechtung des Kapitals» (ebd.) handelt. Er führt dazu einige Beispiele im Bankensektor wie auch in der industriellen Produktion an, in denen eine europäische Verflechtung bzw. eine transnational-europäische Verschmelzung von Unternehmen zu diesem Zeitpunkt stattgefunden hat und weiter stattfindet (vgl. ebd.: 32ff.; Beckmann 2012). Denn, so Mandel, historisch «gesehen [...] [ist] die Schaffung des Gemeinsamen Marktes das Ergebnis der ihm vorangegangenen Konzentration des Kapitals in Westeuropa. Seit langem war die Entwicklung der wichtigsten Produktivkräfte in Gefahr im zu engen Rahmen des alten Nationalstaats zu ersticken» (Mandel 1968: 38). Durch den gemeinsamen Markt wiederum «verschärfen sich die Konkurrenz und die sich zwangsläufig aus ihr ergebende Zentralisation und Konzentration des Kapitals», weshalb die EWG «gleichzeitig Motor eines aus ihr selbst entstehenden Konzentrationsprozesses des Kapitals» (ebd.) sei.

Doch diese Andeutung einer gewissen Selbständigkeit politisch-institutioneller Entwicklungen wird nicht weiterverfolgt, sondern diese wird wiederum den Kapitalprozessen unterworfen. Ebenfalls deutlich wird dieser Objektivismus in der Analyse von Gegentendenzen gegen die Internationalisierung bzw. Europäisierung des (Groß-)Kapitals. Zum einen handele es sich dabei um das «allgemeine spezifische Gesetz der Trägheit des Bewußtseins», was darin besteht, dass das «kollektive Bewußtsein von Gesellschaftsklassen und Nationen der gesellschaftlich-ökonomischen Wirklichkeit meist nachhinkt» (ebd.: 39). Konkret benennt er «bürgerliche und kleinbürgerliche Kreise», die entgegen ihrem «eigenen gesellschaftlichen Interesse» noch in «nationalstaatlichem Denken befangen» seien (ebd.: 40). Die zweite Gegentendenz besteht darin, dass durch «radikale Rationalisierung der Großindustrie» das Gleichgewicht ökonomi-

---

se sie nicht einfach als Reflex oder Überbau des Ökonomischen begreifen kann.

scher und gesellschaftlicher Tendenzen, das von Mandel für die 15 Jahre vor der Krise ausgemacht wird, ins Wanken gebracht wurde. Dadurch kam es zu Streiks und kleineren Insurrektionen, was eine Strukturkrise weiter befördern, schließlich zum Zusammenbrechen des Gleichgewichts führen könnte (vgl. ebd.). Dies führe das Großkapital in einen objektiven Widerspruch zwischen kurzfristigen Profitinteressen und langfristiger Sicherung des «Gesamtinteresse(s) des Großbürgertums» durch Berücksichtigung der politisch-gesellschaftlichen Situation. Dieser Widerspruch könne sich aber nur dadurch lösen, dass der «Faktor Staat» (ebd.) miteinbezogen werde.

Daraus folgt für Mandel, dass sich die EWG zu einem Staat oder einer neuen Zusammensetzung von Staatsapparaten fortentwickeln müsse. «Es ist demnach der Fortschritt der internationalen Kapitalverflechtung innerhalb der EWG, das Aufkommen einer größeren Zahl von Firmen oder Banken, die nicht mehr hauptsächlich Eigentum dieses oder jenes «nationalen» Großkapitals wären, sondern Eigentum von Großkapitalisten mehrerer oder aller EWG-Mitgliedsstaaten sind; es ist dieser Prozeß, der den materiellen Unterbau für tatsächlich supranationale *Staatsorgane* im Gemeinsamen Markt schafft.» (ebd.: 46, Hvhbg.i.O.)

Mandel bewegt sich also in einer sehr orthodoxen Interpretation von Marx' Aussage aus der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie von 1859, dass die «Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse [...] die ökonomische Struktur der Gesellschaft» bilde, «die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.» (MEW 13: 8) Verändere sich die «ökonomische Grundlage, wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um» (ebd.). In diesem Sinne leitet Mandel die Entwicklung der europäischen Integration aus den Kapitalprozessen ab, die politische Umwälzungen im Sinne einer supranationalen politischen Form notwendig mache. Damit wird eine mögliche Eigenständigkeit der Entwicklung des Staates gegenüber den ökonomischen Prozessen, die kurz angedeutet wurde, indem die EWG als Motor der Kapitalverflechtungsprozesse benannt wurde, wieder einkassiert. Gemäß dieser Position muss daher «der Staat heute an erster Stelle eine wirtschaftliche Funktion zugunsten des Großkapitals [...] erfüllen» (Mandel 1968: 79). In der Phase einer Re-

zession und Krise stellt sich dann für das «europäische» Großkapital die Frage einer wirksamen Anti-Rezessions-Politik, die auf nationalstaatlicher Ebene nicht mehr ausreichend betrieben werden könne. Dafür wird es notwendig, eine suprastaatliche Organisation aufzubauen, auf die Aufgaben und Rechte der Nationalstaaten übertragen würden. «Aus diesen Gründen müssen «europäische» Konzerne im Augenblick einer verschärften, verallgemeinerten Rezession in der EWG [...] zwingend die Forderung nach einer krisenverhütenden Anti-Rezessionspolitik auf EWG-Ebene stellen» und daher «die Entschlußkraft» im Bereich der Wirtschaftspolitik «aus den Händen der nationalstaatlichen Regierungen in die der «überstaatlichen» EWG-Behörden [...] legen» (ebd.: 82).

Während Mandel also die ökonomische Basis in ihren Prozessen erfassen möchte, wurde etwa zeitgleich versucht, die Entwicklung der EWG als supranationalen staatsmonopolistischen Kapitalismus zu verstehen, wobei die EWG als Lenkungssystem der neuen Monopole gedacht wurde. Diese Interpretation blieb aber eine Randerscheinung, da sie «auf einer empirischen Fehleinschätzung des erreichten Grades der Supranationalität» beruhte und auch die «theoretische Analyse des Widerspruchs von Internationalisierung der kapitalistischen Wirtschaft und den Bedingungen der internationalen Konkurrenz, die nicht nur die ungleichmäßige Entwicklung der Zentralisation und der Produktivität der nationalen Kapitale, sondern auch die Funktionen der Nationalstaaten im gesamtkapitalistischen Reproduktionsprozeß umfassen» aus dem Blick verlor (Deppe 1976: 57).

Für die marxistische Diskussion blieb dennoch die Frage der internationalen Monopole und ihrer politischen Rahmung von großer Bedeutung, da sich hieran auch die Frage anschloss, was denn die Europäisierungsprozesse für die Aktionsfähigkeit der Arbeiter\*innenklasse bedeuteten. Für Mandel veränderte sich damit auch der Aktionsradius der Arbeiter\*innenklasse, der bei fortschreitender Integration nicht mehr auf den Nationalstaat beschränkt bleiben könne. Die «westeuropäische Arbeiterklasse» müsse sich im Falle der tiefergehenden Integration und Entwicklung europäischer Staatsapparate «auf gewerkschaftliche und politische Aktionen im EWG-Rahmen insgesamt einstellen und auch die organisatorischen Schlüsse ziehen» (ebd.: 93). Es wäre eine «Vogel-Strauß-Politik», sich diesen Entwicklungen zu entziehen zu versuchen (ebd.: 94). Auch André Gorz entwickel-